

"Europäische Kommission: Ein Elitekreis, der Dinge einfach nicht ausdiskutiert"

Interview: Manfred Nink (MdB) über EU-Wirtschaftspolitik, die Piratenpartei und den Papst-Besuch



Seit 41 Jahren ist Manfred Nink Mitglied der SPD in Rheinland-Pfalz. Der gelernte Kfz-Mechaniker und staatlich geprüfte Techniker für Maschinenbau kandidierte 2009 für den Bundestag, nachdem er bereits zwanzig Jahre in der Kommunal- und Landespolitik aktiv war. Mit campus-web spricht der 61-Jährige über die aktuelle existentielle Finanz- und Schuldenkrise Europas, fehlende Transparenz in politischen Prozessen, den Papstbesuch im Bundestag und den Erfolg der Piraten-Partei bei der jüngsten Abgeordnetenhauswahl in Berlin.

Herr Nink, Sie sind Berichterstatter der SPD für EU-Wirtschaftspolitik. Was heißt das?

Grob verkürzt gesagt: Ich überprüfe alle EU-Vorlagen, die mich im Wirtschaftsausschuss des Bundestages erreichen, darauf, ob sie aus sozialdemokratischer Perspektive betrachtet der deutschen Wirtschaft dienlich oder schädlich sind. Wenn letzteres sich herausstellt, ist es meine Aufgabe dies der SPD-Arbeitsgruppe Wirtschaft und Technologie mitzuteilen und gegebenenfalls Vorschläge zu machen, wie wir als SPD-Fraktion darauf reagieren. Das kann dann in Form einer Stellungnahme gegenüber Brüssel geschehen oder aber auch in Anträgen der Fraktion für Beratungen im Ausschuss oder im Bundestag münden.

Momentan gibt es eine existentielle Krise in Europa. Wie kann man eine Zustimmung für Pläne der SPD, wie etwa eine Einführung von Eurobonds schaffen, wenn den Menschen das Europawissen aufgrund von scheinbar fehlender Betroffenheit fehlt?

Grundsätzlich bin ich der Meinung, dass das gesamte europäische Thema in den Medien oft zu kurz und ohne weitergehende Hintergrundinformationen behandelt wird. Es wird auf Tagesaktuelles abgestimmt. Dies führt dazu, dass viele Menschen die Komplexität dieser Themen überhaupt nicht mehr überblicken können. Die seit 2008 geführte Diskussion über die Finanzmärkte ist ein Beispiel dafür. Die Presse berichtet nur darüber, wie viel Geld in Form von Krediten und Bürgschaften für die Rettung von Staaten und Banken bereitgestellt wird, und dass Deutschland möglicherweise viel Geld bezahlen muss. Die Konsequenzen aber, wenn kein Geld gezahlt würde, werden zu selten aufgezeigt. Die gesamte EU-Politik sollte in den Medien auch abseits der tagesaktuellen Themen einen größeren Raum einnehmen und besser erklärt werden.

EU-Agrarkommissar Dr. Cadian Ciolos betreut bis zum Jahr 2020 etwa 419 Mrd. Euro und damit über die Hälfte des gesamten EU-Haushalts. Halten Sie es für bedenkenswert, dass er in Deutschland fast gänzlich unbekannt ist?

Diejenigen, die aus dem Landwirtschaftsbereich Fördermittel beantragen und diesen Bereich in irgendeiner Form beanspruchen müssen, wissen, an wen sie sich wenden müssen. Die Bundesländer, der Bundestag oder die Bundesregierung haben in der Regel ihre Ansprechpartner für europäische Angelegenheiten. Für den einzelnen Landwirt oder Unternehmer ist es eher zweitrangig, wer letztendlich auf europäischer Ebene als Kommissar verantwortlich für diese Dinge ist.

Die Europäische Kommission ist aufgrund ihres Initiativrechts der Motor der europäischen Integration. Sie gibt die Agenda der EU vor. Müssten die Kommissare direkt durch die Bürger gewählt werden?

Die Direktwahl der Kommissare ist durch das Vertragswerk der Europäischen Union nicht vorgesehen. Auch ich bedauere, dass den Bürgerinnen und Bürgern in Europa nicht deutlich mehr Demokratie zugetraut und zugestanden wird. Das Europäische Parlament als Institution und seine von den Europäern gewählten Mitglieder müssen gestärkt werden. Ich bin der Überzeugung, ein richtiges Europa kommt nur dann zustande, wenn wir in der Tat irgendwann einmal ein Europäisches Parlament haben, aus dem eine Regierung hervorgeht. Ein Parlament, in dem durch die europäischen Volksvertreter auch Initiativen entwickelt und entschieden werden. Das könnte zur Steigerung der Transparenz des politischen Willensbildungsprozesses in Europa beitragen. Aber dafür brauchen wir mehr und nicht weniger Integration. Das zu verstehen, ist wichtig – vor allem vor dem Hintergrund der aktuellen Krise, die meiner Meinung nach auch die Frage nach der Finalität Europas neu aufwirft.

Die Kommission übt sich bei der Aufklärung interner Korruptionsfälle in Zurückhaltung. Politische Diskussionen werden nicht öffentlich. Einzelne Amtsträger dürfen sich selbst zu Tagesthemen nicht äußern. Warum werden Auseinandersetzungen nicht nach außen getragen?

Das ist mitunter ein Ergebnis der derzeitigen Konstellation. Die Kommission ist ein, ich nenne es jetzt einmal „Elitekreis“, der einstimmige Entscheidungen treffen muss, damit sich überhaupt etwas bewegt. Das bedeutet auf der einen Seite eine riesige Bandbreite der Kompromissnotwendigkeit. Auf der anderen Seite sehe ich eine gewisse Gefahr, dass manche Dinge einfach nicht ausdiskutiert werden oder so transparent gestaltet werden, dass sie nach außen gelangen und zu einer Meinungsbildung mit beitragen könnten.

Wie werden europäische Vorlagen im Bundestag behandelt?

Sie laufen genauso wie Vorlagen der Bundesregierung oder Initiativen aus der Mitte des Parlaments. Aber immer wichtiger werden andere Formen der Mitwirkung. Wir haben mittlerweile bei vielen Dingen die Möglichkeit, direkt mitzusprechen – auch in Brüssel. Wenn zum Beispiel ein Kommissionsvorschlag von nationaler Bedeutung ist, gibt es Anhörungen in Brüssel. An diesen können Abgeordnete des Bundestages teilnehmen. Meine Fraktion macht das in letzter Zeit sehr häufig, wengleich ich sage, man muss noch wesentlich mehr den Zusammenschluss zwischen den EU-Parlamentariern und nationalen Parlamentariern suchen. Aber das ist auf einem guten Weg. Es gibt mittlerweile zu vielen Themen internationale Parlamentariertreffen, die dann einen Kommissionsvorschlag schon direkt im Kreis der Kolleginnen und Kollegen aus anderen Nationen beraten können.

Was halten Sie von der Diskussion, Englisch als einzige Amtssprache der EU festzulegen?

Mit Blick auf den Haushalt ist das sicherlich richtig, weil sehr vieles an Übersetzungen notwendig ist. Das kostet viel Geld. Ich will aber auch ganz klar sagen, man überfordert mit ausschließlich englischen Fassungen der EU-Dokumente mit Sicherheit nicht nur die nationalen, sondern auch die europäischen Parlamentarier. Selbst in Brüssel beherrscht nicht jeder Englisch so gut, dass er eine 200- oder 300-seitige Vorlage mit Leichtigkeit lesen und verstehen könnte. Man muss im Englischen schon sehr gewandt sein, um aus einer englischen Vorlage auch die Schlüsse zu ziehen, die man sich übersetzt im Deutschen wesentlich schneller zu Eigen machen könnte. Ich befürchte, das eine oder andere könnte dann ohne Absicht überlesen oder falsch

interpretiert werden und somit möglicherweise zu falschen Entscheidungen führen. So gesehen halte ich gar nichts davon. Auch in meinem Ausschuss kennen wir das Problem. Dort haben wir festgelegt: Für die interne Beratung im Vorfeld reicht es, wenn erst nur die englische Vorlage kommt. Wenn die Beratungen vertieft werden sollen, sagen wir: Wir hätten doch gerne eine deutsche Übersetzung.

Wo kann man sich über Fördertöpfe der EU informieren?

Meines Wissens nach haben alle Bundesländer Anlaufstellen eingerichtet, wo man sich informieren kann. Auf den entsprechenden Internetseiten der beteiligten Ministerien z. B. das Landschaftsministerium für EU-Förderungen im Landwirtschaftsbereich.

Wieso braucht Prinz Charles Öko-Fördergelder?

Vom Prinzip her darf man die Herkunft oder das privaten Vermögen von Prinz Charles nicht als Maßstab setzen. Als Unternehmer ist Prinz Charles offensichtlich im Öko-Bereich sehr bemüht. Wenn die EU da Fördermittel zur Verfügung stellt, kann er wie jeder andere Unternehmer auch entsprechende Anträge stellen und er wird dann mit Sicherheit auch die entsprechenden Zuschüsse erhalten. Es gibt mit Sicherheit auch anderswo vermögende Menschen oder Unternehmen, die Fördermittel aus der EU oder anderen Förderungen erhalten.

Wen sehen Sie als Bundeskanzlerkandidaten der SPD für 2013?

An diesen Spekulationen beteilige ich mich nicht.

Wie hat Ihnen der Papst-Besuch im Bundestag gefallen? Sie waren ja im Plenum als Abgeordneter anwesend, als der Papst gesprochen hat.

Ich war insgesamt enttäuscht. Ich hätte mir schon gewünscht, dass der Papst zu dem einen oder anderen Kritikpunkt zumindest andeutungsweise eine Antwort gibt. Dies hat er vollkommen vermieden. Die Rede war eine Vorlesung eines Professors. Sie ist somit auch der ganzen Diskussion im Vorhinein nicht gerecht geworden. Diese Rede hätte Benedikt XVI überall halten können. Ich besuchte auch die Rede abends im Olympiastadion. Da habe ich keinen positiveren Eindruck gewonnen. Das war richtiger Personenkult.

Was halten Sie von der Piraten-Partei, die bei der Abgeordnetenhauswahl in Berlin jüngst Überraschungserfolge erzielte?

Sie war mit Themen sehr erfolgreich, die offensichtlich junge Leute angesprochen haben. Aber über kurz oder lang ist es nicht damit getan, nur Forderungen zu stellen, von denen man heute schon weiß, dass sie utopisch sind. Natürlich kann ich mich hinstellen und sagen, ich hätte gerne für jedermann kostenlosen Nahverkehr, aber seriöse Politik muss noch eine Antwort darauf geben, wie so etwas finanziert wird. Eine zentrale Frage wird deshalb sein, ob es den Piraten gelingen kann, ein breiteres und an realpolitischen Erfordernissen orientiertes Politikangebot zu formulieren. Neben netzpolitischen Themen und der Forderung nach mehr Transparenz werden die Piraten weitere Themen setzen und Ideen entwickeln müssen, wenn sie langfristig Bestand haben wollen und über die Großstädte hinaus erfolgreich sein wollen.

Halten Sie es für schwierig, dass die Piraten niemanden auf der Warteliste mehr haben, da alle

Fünfzehn direkt in das Abgeordnetenhaus eingezogen sind?

Es ist sicherlich schwierig, solche Listen zu erstellen. Wenn die Piraten gesagt hätte, wir müssen dreißig Leute aufstellen, weil wir mindestens fünfzehn in das Abgeordnetenhaus in Berlin bekommen, dann wären sie direkt als Spinner abgetan worden. Es war klug, dass es gerade so geklappt hat. Es wäre eine absolute Katastrophe, wenn sie siebzehn Plätze gekriegt hätten und diese nicht besetzen könnten. Fünfzehn Plätze sind im Prinzip zehn Prozent der Sitze im Abgeordnetenhaus. Das war schon von der Ausgangssituation her sehr ambitioniert, wenn wir ehrlich sind.

Der Wahlerfolg der Piraten spricht dafür, dass sich die Menschen durch die etablierten Parteien heute weniger repräsentiert fühlen. Sollten Spitzenpolitiker Ihrer Meinung nach mal ein Hartz-IV-Praktikum machen, um das reale Leben von Menschen in Armut nachvollziehen zu können?

Die Abgeordneten der SPD-Bundestagsfraktion führen drei- bis viermal im Jahr so genannte Praktikumstage in unterschiedlichen beruflichen Bereichen durch, wo man in seinem Wahlkreis entsprechende Einrichtungen besucht. Es ist jedem einzelnen Abgeordneten selber überlassen, ob er einen oder zwei Tage Praktikum macht. Das Praktikum findet in einer sitzungsfreien Woche statt und die Abgeordneten sind aufgefordert, sich an einem solchen Praktikumstag in ihrem Wahlkreis entsprechend dem gesetzten Thema zu beteiligen. Mein letzter Praktikumstag war in zwei Senioreneinrichtungen, die ich beide über mehrere Stunden besuchte. Ich habe nicht nur mit der Hausleitung gesprochen. Ich habe den Altenpflegern über mehrere Stunden zugesehen. Direkt helfen kann man da relativ wenig. Man sieht dann schon oder kriegt über den Kontakt mit den Leuten heraus, wo Probleme und Schwierigkeiten liegen. Wir geben Informationen für mögliche Verbesserungen an den zuständigen Arbeitskreis der Fraktion weiter. Sie versuchen dann, daraus Schlüsse für Verbesserungen zu ziehen.

Die SPD setzt sich mit Info-Broschüren gegen unbezahlte Praktika und die Generation Praktikum ein. Werden Praktikanten in Ihrem Büro bezahlt?

Im Jahr habe ich im Schnitt sechs bis sieben Praktikanten. Wir haben es uns in dieser Hinsicht als eine Art Selbstverpflichtung auferlegt, dass Praktikanten in meinem Büro, die länger als eine Woche bleiben, auch ein kleines Entgelt erhalten. Bei wöchentlichen Praktika im Sinne eines Reinschnuppens versuche ich über kleinere Unterstützungen wie z.B. Essensgeld für die Kantine die Auslagen der Praktikanten abzumildern.

Vielen Dank für das Interview!

Autor: Ansgar Skoda / **Bild:** Manfred Nink / 17.10.2011

Artikel drucken